

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX ZB 890/72B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Erika H [REDACTED] geb. M [REDACTED],
C [REDACTED] Apt. 5, Mo [REDACTED]/U [REDACTED],

Klägerin und Beschwerdeführerin,
- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED], [REDACTED] -

g e g e n

Land B e r l i n ,
vertreten durch den Senator für Inneres,
Berlin 51, Fehrbelliner Platz 2,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 8. Februar 1973 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Zorn, Fuchs, Dr. Thumm und Portmann

beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 20. Zivilsenats des Kammergerichts in Berlin vom 29. Mai 1972 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt die Klägerin.

G r ü n d e

Die Voraussetzungen für die Zulassung der Revision nach § 219 Abs. 2 BEG sind nicht gegeben.

Die Klägerin kann den Anspruch wegen Schadens im beruflichen Fortkommen nicht nach § 109a Abs. 1 BEG nachweisen, weil auf den Anspruch ihres Ehemannes wegen Verschleuderung des gemeinsamen Hausrates eine Nachmeldung nicht gestützt werden kann. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob es sich bei dem Anspruch wegen Einbuße von Hausrat nach § 54 Abs. 2 BEG um einen Gesamthendensanspruch handelt und ob die Geltendmachung eines solchen Anspruchs durch

- 3 -

einen Ehegatten fristwährend für den anderen Ehegatten wirkt. Denn § 54 Abs. 2 BGB regelt nur den Schaden an Eigentum, den Ehegatten an ihrem Hausrat erlitten haben. § 54 Abs. 1 BGB bestimmt ausdrücklich, daß dieser Schaden durch Zerstörung, Verunstaltung, Preisgabe zur Plünderung oder durch Inaktiblassen entstanden sein muß. Die Sonderregelung des § 54 Abs. 2 BGB kann auf andere Tatbestände des Bundesentschädigungsgesetzes weder unmittelbar noch entsprechend angewandt werden. Das ergibt sich aus dem Ausnahmecharakter der Vorschrift, der auf der besonderen Rechtsnatur des Anspruchs wegen Schadens an Eigentum beruht. Bei der Verschleuderung von Hausrat handelt es sich nach dem Zusammenhang des Entschädigungsrechts und dem Wortlaut der §§ 51, 54 BGB dagegen um keinen Eigentums-, sondern um einen Vermögensschaden. Entschädigung wird hier nicht für den Verlust von Eigentum, sondern für den Mindererlös beim Verkauf von Eigentum gewährt (vgl. BGH RM 1956, 335 Nr. 37). Für diesen reinen Geldanspruch gelten die Grundsätze über die Entschädigung eines Eigentumschadens nicht (vgl. BGH RM 1958, 109 Nr. 24). Auch der Wortlaut des § 56 BGB bietet hierfür keinen Anhalt.

Die Klägerin könnte sich daher nur dann auf die Anmeldung des Hausratsschadens durch ihren Ehemann stützen, wenn dieser den Anspruch für sie oder wenigstens auch für sie geltend gemacht hätte und hierzu bevollmächtigt war. Das war nach den Feststellungen des Berufungsgerichts jedoch nicht der Fall. Der Ehemann der Klägerin hat den Verschleuderungsschaden vielmehr nur als eigenen Vermögens-

Hinweis: Auch Teile der Urteilsammlung sind als Datenbank nach §§ 87a ff. UrhG geschützt.



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



JLaw – für Android



JLaw – für iOS

schaden geltend gemacht, ohne zum Ausdruck zu bringen, daß der Anspruch mit für die Klägerin geltend gemacht werden sollte.

Hai

Zorn